

„Wir müssen kämpfen können“

SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold zum Weißbuch

— **Frankfurter Rundschau:** Herr Arnold, wozu ein Weißbuch zur Sicherheitspolitik? **Rainer Arnold:** Es hat zwei wichtige Funktionen: Es soll eine Standortbestimmung sein, die in die Truppe hinein wirkt, klare Orientierung und Legitimierung geben – vor allem für die Auslandseinsätze. Und es bietet die Chance zu einer gesellschaftlichen Debatte über Sicherheitspolitik: Was tun wir wo, was sind unsere Interessen? Wir sind in der politischen Realität der gesellschaftlichen Diskussion voraus.

— **Nach Ansicht des Verteidigungsministers ist ein vordringliches Interesse, „den**

INTERVIEW

■ **Rainer Arnold** ist der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Der gebürtige Stuttgarter gehört auch dem SPD-Vorstand an.

■ **Die Idee** des CDU-Verteidigungsministers Franz-Josef Jung, in Form eines Weißbuchs eine Plattform für die deutsche Sicherheitspolitik zu schaffen, findet den Beifall Arnolds und der SPD-Fachpolitiker. Wie Jung die Sache inhaltlich und formal angelegt hat, aber überhaupt nicht. Im FR-Interview erläutert der 55-Jährige die Kritik. **KRP**

Wohlstand des Landes durch freien und ungehinderten Welthandel zu ermöglichen“. Ich würde die Interessen anders definieren. Vor allem in Bezug auf die Ziele, die die EU 2003 in ihrem „Thessaloniki-Papier“ aus den gemeinsamen europäischen Werten abgeleitet hat. In diesem Rahmen stehen die besonderen Interessen Deutschlands, denen auch eine besondere Verantwortung entspricht: für die Situation auf dem Balkan, für den östlichen Teil Europas, für Israel und auch für den Nahen Osten. In dem Zusammenhang haben auch freier Handel und sichere Seeschifffahrt ihren Stellenwert. Aber so wie die ökonomischen und Rohstoff-Interessen im Weißbuch formuliert sind, lädt das zu Fehlinterpretationen ein.

— **Herr Struck** hatte seinen Hindukusch, wo deutsche Sicherheit verteidigt werde. Da-

bei konnte sich jeder das Seine denken. Herr Jung will „auch auf geografisch entfernte Regionen zielen“. Überall und jederzeit? Wo und wann kommen deutsche Militäreinsätze eigentlich prinzipiell nicht in Frage?

Manche meinen, das könne man anhand von Kriterien-Katalogen regeln. Ich halte das für ausgeschlossen. Oberster Leitsatz ist: Auslandseinsätze nur mit Mandat der Vereinten Nationen. Dazu muss dreierlei zusammenkommen: eine humanitäre Verpflichtung, wie sie bei allen bisherigen Einsätzen gegeben war; ein Interesse an Stabilität, was Gesichtspunkte wie die Eindämmung von Migration, die Energieversorgung oder den Handel einschließt; und schließlich gibt es politische Gründe – auch wenn die nicht immer offen genug diskutiert werden. Unser Einsatz in Ost-Timor wäre allein operativ nicht zu begründen gewesen. Aber wir hatten ein Interesse, die Vereinten Nationen zu stärken und internationale Prozesse mitzugestalten. Das gilt jetzt auch für das Kongo-Mandat.

— **Gibt es eine besondere „deutsche Form der Beteiligung“?**

Deutschland hat besondere Fähigkeiten im Peacekeeping-Bereich. Es wäre aber verfehlt, wenn es zu einer Arbeitsteilung käme, bei der Briten, Amerikaner, Franzosen die Kampfeinsätze machen, und die Deutschen das Peacekeeping. Erstens würde damit das deutsche Gewicht geschwächt. Und zweitens ist der Wiederaufbau eines Landes meist viel aufwändiger, langwieriger und teurer als die vorausgehende Intervention. Wir müssen beides können.

— **Laut Jung** sollte die Bundeswehr auch im Inland helfen. **Gibt es Gesetzes-Lücken?** Es gibt zwei Lücken – und Konsens in der Koalition, sie zu schließen. Das betrifft in der Luftsicherheit den Fall eines terroristischen Angriffs, bei dem keine zivilen Passagiere im Flugzeug sitzen. Und es betrifft die Marine, die mehr Eingreifmöglichkeiten braucht, nicht nur bei Terror, sondern auch bei Piraterie, Menschenhandel oder Waffenschmuggel. Wir sehen darüber hinaus keinen Grund, warum die Bundeswehr im Inneren anstelle der Polizei das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen sollte. Ansonsten bieten die bestehende Amtshilfe-Regelung und

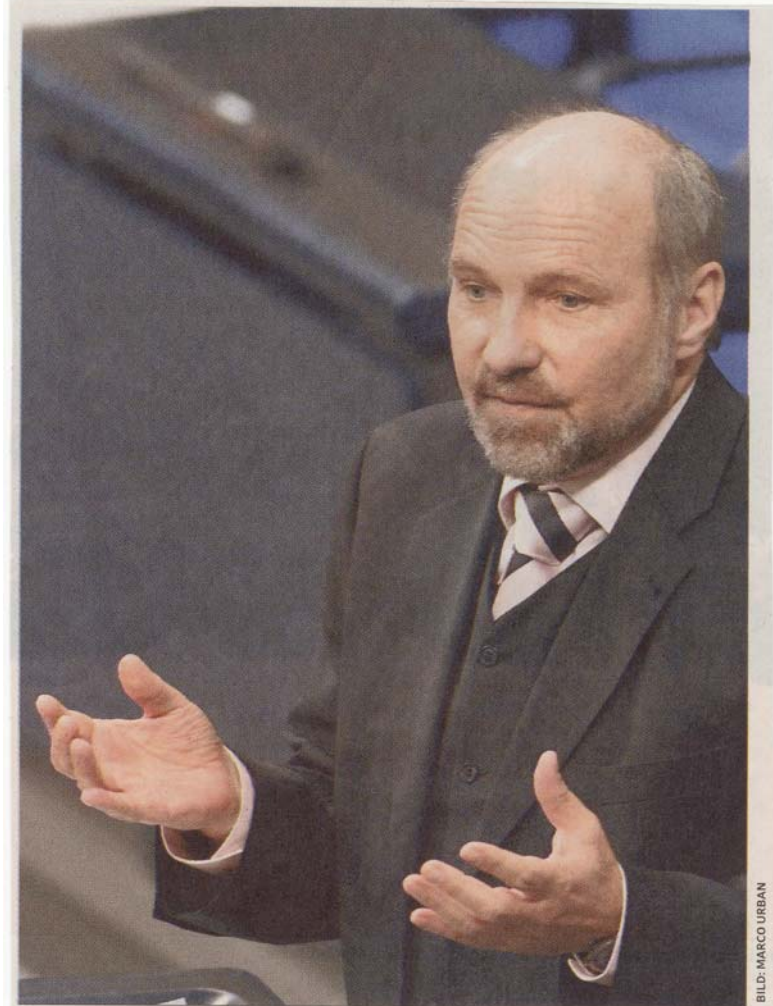


BILD: MARCO URBAN

das Notstandsrecht ausreichende Möglichkeiten.

— **Terrorakte**, sagt das Weißbuch, können Verteidigungsfall sein. **Einverstanden?** Nein. Herr Jungs Beispiel ist immer eine Rakete, die vom Ausland aus von Terroristen auf deutsches Gebiet abgefeuert wird. Genau dieses Beispiel ist aber über den Verteidigungsfall geregelt. Auch schwere Terroranschläge im Inneren bedeuten doch nicht, dass wir im Krieg sind. In Großbritannien ist nach den Anschlägen von London vor einem Jahr auch niemand auf diese Idee gekommen. Wenn eine Dimension erreicht ist, der die Polizei nicht mehr gewachsen ist, greift das Notstandsrecht.

— **Es hat Ärger** gegeben, wie der Verteidigungsminister die Inhalte seines Konzepts kommuniziert hat. **Wird das die Verabschiedung vor dem Sommer verhindern?**

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Abstimmung unter den Ressorts noch vor der Sommerpause klappt. Sorgfalt ist das oberste Gebot, auf ein paar Monate kommt es nicht an. Dass Herr Jung seine öffentliche Kommunikation auf ein Thema konzentriert hat, das in der Koalition strittig ist (Bundeswehreinsetzung im Inneren), hat das Verfahren sicher nicht erleichtert. Dazu kommt, dass dieses Weißbuch in unterschiedlichen Versionen zirkuliert. Das ist für eine faire und sachgerechte Debatte nicht zuträglich.

— **Wollen die SPD-Minister** die Verabschiedung dieses Weißbuchs verhindern? Ich kann nicht für die Minister sprechen. Ich bin aber sehr sicher, dass sozialdemokratische Minister sozialdemokratische Grundsätze kennen.

Interview: Knut Pries